

Niederschrift
33. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin:	Donnerstag, 28.01.2021
Sitzungsbeginn:	19:37 Uhr
Sitzungsende:	21:34 Uhr
Ort, Raum:	Stadthalle Stadtallendorf, Bahnhofstraße 2, 35260 Stadtallendorf

Gesetzl. Mitgliederzahl: 37

davon stimmberechtigt anwesend: 33 (14 CDU, 9 SPD, 4 BUS, 4 FDP, 2 B90-GRÜNE)

Anwesend sind:

Stadtverordnetenvorsteherin

Frau Ilona Schaub

Stadtverordnete/r:

Frau Alexandra Baader
Herr Markus Becker
Herr Jürgen Berkei
Herr Norbert Bierek
Herr Tobias Bürckenmeyer
Herr Michael Dickhaut
Herr Frank Drescher
Herr Dieter Erber
Herr Michael Feldpausch
Frau Bettina Friedrich
Herr Heinz Dieter Friedrich
Herr Fabian Gies
Herr Werner Hesse
Frau Annemarie Hühn
Herr Reinhard Kauk
Frau Nazli Kavlo
Herr Dr. Tobias Koch
Herr Winand Koch
Herr Hans-Georg Lang
Herr Berthold Littich
Frau Maria März
Frau Carla Mönninger-Botthof
Frau Handan Özgüven
Herr Reinhard Paul
Frau Ulrike Quirmbach
Herr Stefan Rhein
Herr Klaus Ryborsch
Herr Wolfgang Salzer
Herr Thomas Seinsoth
Herr Manfred Thierau

Herr Bernd Waldheim
Frau Sigrid Waldheim

Bürgermeister:

Herr Christian Somogyi

Stadträtin/Stadtrat:

Herr Ludwig Bachhuber
Herr Hans-Jürgen Back
Herr Jürgen Behler
Herr Otmar Bonacker
Herr Robert Botthof
Frau Andrea Grigat-Thierau

Ortsvorsteher/in:

Herr Adolf Fleischhauer
Herr Udo Krebs
Herr Armin Naumann

Schriftführer:

Herr Sascha Digula

Entschuldigt fehlen:

Frau Zehra Demir	Ausländerbeirat
Herr Hartmuth Koch	Ortsvorsteher
Frau Stefanie Lütt	Stadtverordnete
Herr Prof. Dr. Thomas Noetzel	Stadtrat
Herr Dominik Runge	Stadtverordneter
Frau Fatma Sevilay Tosun	Stadtverordnete

/ Die Anwesenheitsliste wird Bestandteil des Original-Protokolls.

Tagesordnung:

- TOP** Einwohnerfragestunde
- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Fragestunde
- 2.1 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Michael Dickhaut (GRÜNE) vom
13.12.2020 (eingegangen am 14.12.2020); betr. Corona Ausbruch und
Kommunalwahl 2021
Antrag: 23a/0596/2020
- 2.2 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Dickhaut (B90/DIE GRÜNEN) vom
11.01.2021 (eingegangen am 11.01.2021); betr. Luftbefeuchter
Antrag: 23a/0597/2021
- 2.3 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Hesse (SPD) vom 19.01.2021,
eingegangen am 20.01.2021; betr. Coronaschutzmaßnahmen bei der
Kommunalwahl
Antrag: 23a/0600/2021

- TOP** Beschlüsse
- 3 Haushaltssatzung 2021 und Investitionsprogramm 2020 bis 2024
Vorlage: FB1/2020/0175
- 4 Wirtschaftsplan der Stadtwerke Stadtallendorf für das Wirtschaftsjahr 2021
Vorlage: FB5/2020/0028
- 5 Wirtschaftsplan 2021 - Eigenbetrieb "Dienstleistungen und Immobilien"
Vorlage: Dul/2020/0017
- 6 Veräußerung der NHG-Anteile an die EAM zum 31.12.2021
Vorlage: FB1/2020/0169
- 7 Erweiterung Kindergarten St. Martin, Stadtallendorf
Vorlage: FB3/2020/0036
- 8 Erweiterung Kindergarten Hatzbach, Stadtallendorf-Hatzbach
Vorlage: FB3/2020/0035
- 9 Verzicht auf die Erhebung der Kita-Gebühren ab dem 01.01.2021
Vorlage: FB3/2021/0001
- 9.1 Verzicht auf die Erhebung der Kita-Gebühren ab dem 01.01.2021
Vorlage: FB3/2021/0001/1
- 10 Vermietung des Bürgerhauses Niederklein an das Polizeipräsidium Mittelhessen
und des Festplatzes Niederklein an die Fa. Klingelhöfer - Tischvorlage
Vorlage: FB3/2021/0002
- 11 Ehemaliges TNT-Zwischenlager - Tischvorlage
Vorlage: FB4/2021/0002
- TOP** Anträge gem. § 14 GO
- 12 Durchführung der Corona Impfungen; gemeinsamer Antrag gem. § 14 der GO
der Fraktionen SPD und FDP vom 28.01.2021 (eingegangen am 28.01.2021)
Vorlage: SPD/2021/0001
- 13 Sitzungen der städtischen Gremien in digitaler Form; gemeinsamer Antrag gem.
§ 14 der GO der Fraktionen SPD, CDU, BUS, FDP vom 28.01.2021
(eingegangen am 28.01.2021)
Vorlage: SPD/2021/0002
- 14 Gedenkstelle für Sternenkinder; gemeinsamer Antrag gem. § 14 der GO der
Fraktionen SPD, FDP und BUS vom 28.01.2021 (eingegangen am 28.01.2021)
Vorlage: SPD/2021/0003
- TOP** Anfragen gem. § 23 b GO
- 15 Straßenbaumaßnahmen bei denen keine Straßenbeiträge mehr erhoben wurden
oder werden; Anfrage gem. § 23 b der GO der FDP-Fraktion vom 12.01.2021
(eingegangen am 12.01.2021)
Antrag: 23b/0598/2021

- 16 Arbeitsschutz und allgemeines Verwaltungshandeln während der Coronavirus-Pandemie; Anfrage gem. § 23 b der GO der FDP-Fraktion vom 12.01.2021 (eingegangen am 12.01.2021)
Antrag: 23b/0599/2021
TOP Kenntnisnahmen
- 17 Neuaufnahme eines Darlehens zur Beschaffung einer Straßenkehrmaschine
Vorlage: FB5/2020/0033
- 18 Mitteilungen
- 18.1 Dankschreiben an Polizei
- 18.2 Baugebiet "Feldwiesen" in Schweinsberg
- 19 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

TOP Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub eröffnet die 2. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in diesem Jahr und begrüßt dazu die Damen und Herren Stadtverordnete, die Mitglieder des Magistrats mit Herrn Bürgermeister Somogyi, die Herren Ortsvorsteher, den Vertreter der Oberhessischen Presse, Herrn Florian Lerchbacher, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die anwesenden Gäste, verbunden mit den besten Wünschen für das Jahr 2021

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Die form- und fristgerechte Einladung zur heutigen Sitzung wird von Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub festgestellt, ohne dass Widerspruch geäußert wird.

Änderungen der Tagesordnung:

Herr Bürgermeister Somogyi beantragt die Aufnahme der Tischvorlagen

- Vermietung des Bürgerhauses Niederklein an das Polizeipräsidium Mittelhessen und des Festplatzes Niederklein an die Fa. Klingelhöfer
- Ehemaliges TNT-Zwischenlager

auf die heutige Tagesordnung. Dem erteilt die Stadtverordnetenversammlung jeweils ihre Zustimmung. Die Beschlüsse werden unter TOP 10 (neu) und TOP 11 (neu) behandelt. Alle weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Zu TOP 6 liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor.

Zu den TOPs 12 und 13 (neu) liegen jeweils gemeinsame Anträge vor, welche die ursprünglichen Anträge ersetzen.

TOP 2 Fragestunde

**TOP 2.1 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Michael Dickhaut (GRÜNE) vom 13.12.2020 (eingegangen am 14.12.2020); betr. Corona Ausbruch und Kommunalwahl 2021
Antrag: 23a/0596/2020**

Die Frage des Herrn Stv. Dickhaut (GRÜ) wird durch Herrn Bürgermeister Somogyi beantwortet.

**TOP 2.2 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Dickhaut (B90/DIE GRÜNEN) vom 11.01.2021 (eingegangen am 11.01.2021); betr. Luftbefeuchter
Antrag: 23a/0597/2021**

Auch diese Frage wird durch Herrn Bürgermeister Somogyi beantwortet. Herr Stv. Dickhaut (GRÜ) bedankt sich dafür. Eine Nachfrage von Herrn Stv. T. Koch (FDP) bezüglich der Gerätetypen wird ebenfalls beantwortet.

**TOP 2.3 Anfrage gem. § 23 a der GO des Herrn Stv. Hesse (SPD) vom 19.01.2021, eingegangen am 20.01.2021; betr. Coronaschutzmaßnahmen bei der Kommunalwahl
Antrag: 23a/0600/2021**

Herr Bürgermeister Somogyi beantwortet die Frage. Dafür bedankt sich Herr Stv. Hesse (SPD). Bezüglich der Anmerkung, die angeschafften Luftreiniger für die Wahllokale zu verwenden, sichert Herr Bürgermeister Somogyi eine Prüfung zu.

TOP Beschlüsse

**TOP 3 Haushaltssatzung 2021 und Investitionsprogramm 2020 bis 2024
Vorlage: FB1/2020/0175**

Die Tagesordnungspunkte 3 - 5 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beraten.

Herr Bürgermeister Somogyi bringt die Haushaltssatzung 2021 mit dem Investitionsprogramm 2020 - 2024 und die Wirtschaftspläne der beiden Eigenbetriebe „Stadtwerke“ und „Dienstleistungen und Immobilien“ für das Wirtschaftsjahr 2021 zur Beratung ein. Haushaltsrede und Präsentation werden dem Protokoll beigelegt.

Beratungsergebnis: zurückgestellt

**TOP 4 Wirtschaftsplan der Stadtwerke Stadtallendorf für das Wirtschaftsjahr 2021
Vorlage: FB5/2020/0028**

Siehe TOP 3.

Beratungsergebnis: zurückgestellt

TOP 5 Wirtschaftsplan 2021 - Eigenbetrieb "Dienstleistungen und Immobilien"
Vorlage: Dul/2020/0017

Siehe TOP 3.

Beratungsergebnis: zurückgestellt

TOP 6 Veräußerung der NHG-Anteile an die EAM zum 31.12.2021
Vorlage: FB1/2020/0169

Zu dem TOP liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor, welcher durch Herrn Stv. Hesse (SPD) begründet wird. Dem Thema sei bereits eine langwierige Diskussion vorausgegangen. Es sei wichtig, qualifizierte Entscheidungen zu treffen und die Probleme fachkundig weiter zu beraten. Er spricht sich dafür aus, dass die Netzeinrichtung kommunal bleiben sollte. Deshalb sei die SPD-Fraktion für eine Neubewertung der Entscheidung in fünf Jahren.

Herr Stv. Thierau (BUS) spricht zum Thema. Er bringt Verständnis für die gegenseitigen Positionen auf. Dabei äußert er jedoch Skepsis gegenüber den aufgestellten Prognosen und Berechnungen der Netzgesellschaft. Die wirtschaftlichen Risiken seien einfach zu hoch in der aktuell angespannten Haushaltslage. Er weist nochmals darauf hin, dass im Falle eines Verkaufs, die Verträge genauestens geprüft werden sollten.

Als nächstes ergreift Herr Stv. W. Koch (FDP) das Wort. Er betont ebenfalls das lange Verfahren dieser Entscheidung und lobt dabei das sachliche Verhalten aller Vertragsparteien. Die Stadt sei selber nicht in der Lage eine wirtschaftliche Bewertung der Netzgesellschaft vorzunehmen. Das Angebot, welches zum Verkauf vorliegt, sei jedoch positiv einzuschätzen und sollte angenommen werden. Die FDP-Fraktion werde einem Verkauf zustimmen.

Herr Stv. Ryborsch (CDU) spricht für seine Fraktion. Auch er betont, dass die aktuelle Haushaltslage nur einen Verkauf zulassen würde. So würden keine weiteren Investitionskosten entstehen. Die Entscheidung sei ein Votum für die Interessen der Stadt Stadtallendorf, die CDU-Fraktion stimme einem Verkauf zu.

Für die Grünen-Fraktion spricht Herr Stv. Feldpausch (GRÜ). Er merkt an, dass laut Vertragsbedingungen nur ein gemeinsamer Ausstieg mit der Stadt Neustadt möglich ist und es deshalb bei heutigem Beschluss zum Verkauf nicht gleich auch zu einem Ausstieg aus dem Vertrag kommen würde. Möglicherweise kommen auf die Stadt für einen separaten Ausstieg hohe Kosten zu. Die Grünen-Fraktion sei deshalb ebenfalls für eine Schiebung der Entscheidung um weitere fünf Jahre.

Es wird zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abgestimmt.

Antragstext:

- Ein Verkauf der kommunalen Anteile an der NHG soll gegenwärtig nicht erfolgen.

Die Stadt Stadtallendorf hält die 2011 getroffene Entscheidung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen im infrastrukturellen Bereich und des damit verbundenen Einflusses auf die Stromnetze vor Ort trotz der von der Bundesnetzagentur vorgenommenen negativen Anpassung der

anerkannten Eigenkapitalverzinsung bei der Festlegung der Netzentgelte weiterhin für richtig.

Die in einer Rücklage vorhandenen Gewerbesteuereinnahmen durch den damaligen Verkauf des Netzes (rund 180.000 EURO) könnten von den Kommunen verwendet werden, um zumindest 2021 und 2022 Zins und Tilgung ohne Rückgriff auf die kommunalen Finanzen zu erbringen.

- Nach fünf Jahren sollte aus Sicht der Stadt Stadtallendorf eine Neubewertung dieser Position erfolgen.

Sollte sich bis dahin eine erkennbare Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation der NHG ergeben, könnte ein Verkauf immer noch ins Auge gefasst werden.

Beide Kommunen sollten vor diesem Hintergrund prüfen, ob es angezeigt ist, die Kreditlinie zunächst auf einen Zeitraum von fünf Jahren zu verlängern.

- Die NHG ist aufgefordert, spätestens bis Ende 2022 eine konkrete Investitionsplanung über einen langfristigen Zeitraum, anzustreben sind hier zumindest 10 Jahre, aufzustellen. Darüber hinaus gehende Prognosen sind wünschenswert.

Gleichzeitig sollte eine Erwartungshaltung bezüglich der Einnahmesituation und des Netzwertes ermittelt werden. Die Stadt Stadtallendorf setzt hierbei auf die konstruktive Mitwirkung der EAM.

- Die Geschäftsführung der NHG soll professionalisiert und folglich kommunale Mitarbeiter hierzu nicht (dienst)verpflichtet werden.

Abstimmungsergebnis: 11 dafür (SPD, GRÜ)
22 dagegen (CDU, FDP, BUS)

Somit ist der Änderungsantrag nicht beschlossen und es wird anschließend über die Vorlage abgestimmt.

Beschluss:

Die Anteile an der Netzgesellschaft Herrenwald GmbH & Co. KG (NHG) der Stadt Stadtallendorf, vertreten durch die Beteiligungsgesellschaft Herrenwald GmbH & Co.KG (BHG), werden mit Ablauf des 31.12.2021 an die EAM veräußert. Der Gesamtbetrag für die Übernahme der BHG-Anteile der Städte Stadtallendorf und Neustadt (Hessen) beläuft sich auf eine Höhe von 3.900.000,00 Euro, zuzüglich der Übernahme des Kapitaldienstes der BHG für das Jahr 2021.

Abstimmungsergebnis: 22 dafür (CDU, BUS, FDP)
11 dagegen (SPD, GRÜ)

TOP 7 Erweiterung Kindergarten St. Martin, Stadtallendorf Vorlage: FB3/2020/0036

Im Ältestenrat ist sich auf eine Beschlussfassung ohne Aussprache geeinigt worden.

Beschluss:

1. Der Kindergarten St. Martin wird im Bestand saniert und bedarfsorientiert mit einem Anbau um eine Gruppe sowie einen Technikraum erweitert.
2. Die notwendigen Mittel für die Bau- und Planungskosten in Höhe von 1.500.000 € werden im Haushaltsplan / Wirtschaftsplan Dul 2021 ff veranschlagt.
3. Es werden Fördermittel aus dem Landesinvestitionsprogramm „Kinderbetreuung“ 2020-2024 beim Landkreis beantragt.
4. Die Erweiterung des Kindergartens wird Bestandteil der städtischen Bedarfsplanung der Kinderbetreuung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 8 Erweiterung Kindergarten Hatzbach, Stadtallendorf-Hatzbach
Vorlage: FB3/2020/0035**

Im Ältestenrat ist sich auf eine Beschlussfassung ohne Aussprache geeinigt worden.

Beschluss:

1. Der Kindergarten Hatzbach wird bedarfsorientiert mit einem Anbau um eine Gruppe erweitert.
2. Die notwendigen Mittel in Höhe von 500.000 € für die Bau- und Planungskosten werden im Haushaltsplan / Wirtschaftsplan Dul 2021 veranschlagt.
3. Es werden Fördermittel aus dem Landesinvestitionsprogramm „Kinderbetreuung“ 2020-2024 beim Landkreis beantragt.
4. Die Erweiterung des Kindergartens wird Bestandteil der städtischen Bedarfsplanung der Kinderbetreuung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 9 Verzicht auf die Erhebung der Kita-Gebühren ab dem 01.01.2021
Vorlage: FB3/2021/0001**

Die Vorlage wurde durch die Referenzvorlage zu TOP 9.1 ersetzt.

**TOP 9.1 Verzicht auf die Erhebung der Kita-Gebühren ab dem 01.01.2021
Vorlage: FB3/2021/0001/1**

Im Ältestenrat ist sich auf eine Beschlussfassung ohne Aussprache geeinigt worden.

Beschluss:

1. Aufgrund des aktuellen Lockdowns wird die Erhebung der Kita-Gebühren gem. §§ 1 bis 3 der Gebührensatzung über die Benutzung der Kindertagesstätten der Stadt Stadtallendorf, ab dem 01.01.2021
a) bis zu 5 Betreuungstagen eines Kindes im Monat vollständig,
b) bei 6 bis 14 Betreuungstagen eines Kindes im Monat zu 50 %,
c) ab 15 Betreuungstagen eines Kindes nicht ausgesetzt.
2. Die kirchlichen und anderen Träger von Kitas in Stadtallendorf werden aufgefordert, in Ihrem Bereich analog vorzugehen. Entsprechende Einnahmeausfälle sind später zu erstatten.
3. Die Regelungen zu Punkt 1 und 2 gelten für den Zeitraum des aktuellen Lockdowns. Die Regelungen sind auch für mögliche weitere Lockdown-Phasen im Kalenderjahr 2021 anzuwenden
4. Im Falle von Kostenübernahmen durch das Land Hessen werden diese mit laufenden Beiträgen/Gebühren verrechnet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 10 Vermietung des Bürgerhauses Niederklein an das Polizeipräsidium Mittelhessen und des Festplatzes Niederklein an die Fa. Klingelhöfer - Tischvorlage
Vorlage: FB3/2021/0002**

Herr Bürgermeister Somogyi begründet die weitere Vermietung des Bürgerhauses mit den für den weiteren Bau angekündigten Aktionen der Aktivisten. Das Bürgerhaus sei dabei ein wichtiger Standort für die Polizei. Es wurden bereits Gespräche mit dem Ortsbeirat Niederklein geführt, dieser hat sich verständlich gezeigt. Seitens der Polizei wurde signalisiert, sich nach alternativen Standorten umzusehen, falls ein Einsatz über den 31.05.2021 hinaus notwendig ist.

Herr Stv. Dr. T. Koch (FDP) bedankt sich bei der Polizei für die wichtige Arbeit sowie bei Herrn Bürgermeister Somogyi für die gute Kommunikation mit Polizei und Ortsbeirat.

Beschluss:

1. Das Mietverhältnis des Polizeipräsidiums Mittelhessen für das Bürgerhaus Niederklein wird um den Zeitraum vom 01.03.2021 bis 31.05.2021, zu den bisherigen Konditionen, verlängert.
2. Das Mietverhältnis der Fa. G. Klingelhöfer, Lich, für den Festplatz Niederklein (neben dem Bürgerhaus) wird um den Zeitraum vom 01.03.2021 bis 31.05.2021, zu den bisherigen Konditionen, verlängert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür (CDU, SPD, FDP, BUS)
2 Enthaltungen (GRÜ)

TOP 11 Ehemaliges TNT-Zwischenlager - Tischvorlage
Vorlage: FB4/2021/0002

Im Ältestenrat ist sich auf eine Beschlussfassung ohne Aussprache geeinigt worden.

Beschluss:

Der Neuzuschnitt der Fläche der nach BImSchG genehmigten Anlage auf dem Gelände des ehemaligen TNT-Zwischenlagers und eine Verpachtung dieser Fläche an die Firma Knettenbrech + Gurdulic zur Ansiedlung und Entwicklung eines neuen Betriebsstandortes wird beschlossen.

Der Neuzuschnitt ist in der beigefügten Plananlage dargestellt.
Die Flächengröße ändert sich dadurch von bisher ca. 86.000 m² auf dann ca. 54.600 m².

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

TOP Anträge gem. § 14 GO

TOP 12 Durchführung der Corona Impfungen; gemeinsamer Antrag gem. § 14 der GO der Fraktionen SPD und FDP vom 28.01.2021 (eingegangen am 28.01.2021)
Vorlage: SPD/2021/0001

Der ursprüngliche Antrag wird durch einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und FDP ersetzt. Der Antragstext bleibt bestehen. Die gemeinsamen Anträge können im Sessionnet eingesehen werden.

Der Antrag wird begründet durch Herrn Stv. Kauk (SPD). Das komplizierte Anmeldeverfahren und die langen Wege sind oft nicht leicht zu bewältigen für ältere Personen. Deshalb ist die Unterstützung der Stadt dabei ein wichtiges Thema. Positiv bewertet er dabei die bereits getroffenen Maßnahmen der Verwaltung.

Auch Herr Stv. W. Koch (FDP) spricht zum Thema und bekräftigt die Worte des Herrn Stv. Kauk. Die Menschen seien durch die Verschiebungen der Termine und die langen Wartezeiten schlichtweg überfordert.

Herr Stv. Thierau (BUS) greift ebenfalls die Worte der Vorredner auf. Sowohl die Landesregierung als auch die Stadtverwaltung habe bereits alles unternommen, um die Corona-Impfungen zu ermöglichen. Dennoch findet der Antrag innerhalb der BUS-Fraktion Zustimmung.

Zum Schluss spricht Herr Stv. Lang (CDU) zum Thema. Die Fehler seien bereits bei der EU-Kommission entstanden. Die Regierung habe bereits alle Schritte in die Wege geleitet und alle Ressourcen bereitgestellt. Die CDU-Fraktion wird dem Antrag nicht zustimmen, da in diesem Zusammenhang keine Kritik an der Regierung notwendig ist

Antrag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung ist in großer Sorge, dass die Durchführung der Corona Schutzimpfungen auf erhebliche praktische Probleme stoßen wird.

2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Hessische Landesregierung dringend auf, die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, damit ältere und hilfebedürftige Menschen tatsächlich die Möglichkeit einer zeitnahen Impfung bekommen. Dazu gehören zumindest eine auch für ältere Menschen umsetzbare Methodik zum Erhalt eines Impftermins und die Sicherstellung der Möglichkeit zum Erreichen des Impfzentrums.
3. Der Magistrat wird beauftragt, der Landesregierung diese Forderung zu übermitteln.

Abstimmungsergebnis: 17 dafür (SPD, BUS, FDP)
16 dagegen (CDU, GRÜ)

**TOP 13 Sitzungen der städtischen Gremien in digitaler Form; gemeinsamer Antrag gem. § 14 der GO der Fraktionen SPD, CDU, BUS, FDP vom 28.01.2021 (eingegangen am 28.01.2021)
Vorlage: SPD/2021/0002**

Der bisherige Antrag wird durch einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, CDU, BUS und FDP ersetzt. Der Antragstext bleibt bestehen. Der gemeinsame Antrag kann im Sessionnet eingesehen werden.

Frau Stv. Özgüven (SPD) begründet den Antrag für ihre Fraktion. Sie stellt heraus, dass nicht die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung oder der Fachausschüsse davon betroffen sein sollten, viel eher Informationsveranstaltungen oder Fraktionssitzungen. Dabei ist es ebenfalls wichtig, die Entschädigungssatzung um digitale Sitzungen zu ergänzen.

Herr Stv. W. Koch (FDP) betont nochmals, dass keiner dazu verpflichtet sei, an digitalen Sitzungen teilzunehmen. Die Möglichkeit von „hybriden Sitzungen“ sollte stets gewährleistet sein.

Ebenfalls spricht Herr Stv. Paul (CDU) für seine Fraktion. Er merkt an, dass die Gemeinhaltung in nichtöffentlichen Sitzungen dabei ein wichtiges Thema ist. Es muss sichergestellt sein, dass keine unbefugten Personen unbemerkt an digitalen Sitzungen teilnehmen und Informationen abgreifen.

Antrag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, Sitzungen der städtischen Gremien in digitaler Form grundsätzlich zuzulassen.
2. Die Entschädigungssatzung wird im § 3 um den nachstehenden Punkt 6 ergänzt:
 - (6) Die Aufwandsentschädigungen im Sinne des Absatzes 1 werden auch für Sitzungen gezahlt, die digital als Telefon- oder Videokonferenz stattfinden. Für eine Erstattung virtueller Sitzungen gelten grundsätzlich die gleichen formalen Voraussetzungen wie für Präsenzsitzungen, d.h. es muss eine Einladung mit Tagesordnung in Textform vorliegen und die Teilnahme an der Sitzung muss dokumentiert sein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**TOP 14 Gedenkstelle für Sternenkinder; gemeinsamer Antrag gem. § 14 der GO der Fraktionen SPD, FDP und BUS vom 28.01.2021 (eingegangen am 28.01.2021)
Vorlage: SPD/2021/0003**

Der bisherige Antrag wird durch einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, FDP und BUS ersetzt. Der Antragstext bleibt bestehen. Der gemeinsame Antrag kann im Sessionnet eingesehen werden.

Den Antrag begründet Frau Stv. Mönninger-Botthof (SPD). Sie erläutert dem Gremium den Begriff Sternenkinder und begründet den Antrag mit einem fehlenden Ort der Trauer für die Eltern.

Antrag:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und in welcher Form eine Gedenkstelle für Sternenkinder auf dem Kernstadt-Friedhof eingerichtet werden kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

TOP Anfragen gem. § 23 b GO

**TOP 15 Straßenbaumaßnahmen bei denen keine Straßenbeiträge mehr erhoben wurden oder werden; Anfrage gem. § 23 b der GO der FDP-Fraktion vom 12.01.2021 (eingegangen am 12.01.2021)
Antrag: 23b/0598/2021**

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 21.01.2021 durch den Magistrat beantwortet.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**TOP 16 Arbeitsschutz und allgemeines Verwaltungshandeln während der Coronavirus-Pandemie; Anfrage gem. § 23 b der GO der FDP-Fraktion vom 12.01.2021 (eingegangen am 12.01.2021)
Antrag: 23b/0599/2021**

Die Anfrage wurde mit Schreiben vom 19.01.2021 durch den Magistrat beantwortet.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

TOP Kenntnisnahmen

**TOP 17 Neuaufnahme eines Darlehens zur Beschaffung einer Straßenkehrmaschine
Vorlage: FB5/2020/0033**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Kenntnisnahme:

Die Neuaufnahme eines Darlehens bei der DZ HYP AG, Hamburg, in Kooperation mit der VR Bank HessenLand eG, Borngasse 8, 35274 Kirchhain, zur Beschaffung einer Straßen-kehrmaschine mit folgenden Konditionen wird beschlossen:

Darlehensbetrag (100% Auszahlung)	205.000,-- €
Zinssatz bei vierteljährlicher Zahlung:	effektiver Zinssatz: 0,030 %
Tilgungsbetrag vierteljährlich	6.406,25 €
Laufzeit 8 Jahre, bei zeitgleicher Zinsbindung.	

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

TOP 18 Mitteilungen

TOP 18.1 Dankschreiben an Polizei

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub verweist auf die an die Mitglieder verteilten Schreiben an die Polizei sowie deren Antwort.

TOP 18.2 Baugebiet "Feldwiesen" in Schweinsberg

Herr OV Fleischhauer fragt nach, ob die Haushaltsmittel für das Baugebiet „Feldwiesen“ in Schweinsberg, welche in 2020 nicht ausgegeben wurden, für das nächste Haushaltsjahr bereitgestellt werden. Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub sichert eine Prüfung zu.

TOP 19 Verschiedenes

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, beendet Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub die Sitzung. Ihr Dank gilt den Gremienmitgliedern für ihre Mitarbeit und den Gästen für ihr Interesse.

Ilona Schaub
Stadtverordnetenvorsteherin

Sascha Digula
Schriftführer